

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Geühr
Jahresabonnement 3,50 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Ausland: 5,00 M.
Postgebühren sind extra zu zahlen.
Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telefonanschlüsse: 25241
Nachdruckgebühr: 11.

Brillant-Ringe vorzügliche Steine, von 30 bis 900 M.
Moritzstr. 10, Ecke König-Johann-Str. **GUSTAV SMY**

Hauptgeschäftsstelle:
Moritzstraße 38/40.

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.
Kuehl, Gußmann, Hegenbarth,
Claudius, Dorsch, Beckert, Ufer.

KIOSK Cigaretten
Kleine Kios St. 2 1/2 Pf.
Kurprinz „ 3 „
Fürsten „ 4 „
Welt-Macht „ 5 „
Auto-Klub „ 6 „
Truistfrei.

Meyerscher Lebertran
mit der Plombe, anerkannt beste Handelsmarke, frei von dem schmerzhaften Beigeschmack gewöhnlicher Lebertranarten, daher für empfindliche Personen und besonders Kinder zur Kur vortrefflich geeignet. In reiner Flasche mit dem Schutzkappen 2 Pfennige, 1 Mark, 1,50 Mark und 2 Mark.
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Schutzbrillen aller Art, Respiratoren, Respirations-Apparate, Gesichts- und Kopfmasken, Rettungshelme, Schutzbekleidung für gewerbliche Arbeiter, Taucher-Apparate usw. empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser

Mutmaßliche Witterung: Böige Westwinde, wolfig, mild, zeitweise Niederschlag.
Die Zweite Kammer überwiegt gestern den Gesetzentwurf über die Erhebung der Zuwachsteuer der Gesetzgebungsdeputation in Verbindung mit der Finanzdeputation A.
Der Bundesrat überwiegt die im vorigen Jahre vom Reichstage beschlossene Resolution zur Duellfrage dem Reichsanwalt.
Der Reichstag erledigte gestern mehrere kurze Anfragen und Wahlprüfungen, dann trat er in die erste Sitzung des Tages ein, wobei Reichschatzsekretär Kühn zuerst das Wort ergriff.
Am Königl. Schauspielhaus fand die Uraufführung des Weihnachtsspiels „Das Gottes Kind“ von Herrmann freundliche Aufnahme.
Die Strafsätze des deutschen Aliens Friedrich auf dem Dresdner Flugplatz wurden bis zum nächsten Frühjahr verhöhen.
Die braunschweigisch-welfische Partei hielt in Braunschweig einen Parteitag ab, auf dem die Auflösung der Partei einstimmig beschlossen wurde.
Der Berliner Magistrat bezieht jetzt infolge der in Russland gestiegenen Fleischpreise das Schweinefleisch aus Serbien.
Das 60jährige Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josephs wurde gestern im ganzen Lande durch Gottesdienste und sonstige Veranstaltungen würdig begangen.
Das französische Ministerium demissionierte.

„Konstantinopel in den Händen der Deutschen!“

Das ist der neueste Klammruf, den die Pariser Presse ausstößt, und der in der öffentlichen Meinung so lebhaften Widerhall findet, daß selbst die kühnlich geäußerte Aufregung über die deutsche Sabelherrlichkeit in Sabern dahinter zurücktritt. Die Ursache des Wunsches ist die deutsche Militärmission, die unter der Leitung des Generals Liman von Sanders das türkische Heerwesen reformieren und ihren Sitz in Istanbul haben soll. Wenn unsere temperamentvollsten Redner aus diesem Anlaß ganz aus dem Häuschen geraten sind, so ergibt sich die psychologische Erklärung dafür aus einem kurzen Rückblick auf den Verlauf, den die Dinge seit dem Ausbruch des Balkankrieges gerade mit Bezug auf die Wertung der deutschen Kriegskunst durch die Franzosen genommen haben. Als die türkischen Truppen damals mit einer alle Welt verblüffenden Geschwindigkeit vor den Heeren der Balkanländer zurückwichen, hatten unsere Freunde jenseits der Boasien nichts Gileres zu tun, als mit dem Finger auf Deutschland zu weisen und voll unverhohlener Schadenfreude aller Welt zuzurufen: „Seht, das ist der eigentliche Schuldige an den türkischen Niederlagen! Die deutschen Militärinstrukturen haben die Türken ans Messer geliefert!“ Auch der Firma Krupp wurde eine angehängt durch die Verbreitung der völlig unwahren Behauptung, daß die von ihr gelieferteten Geschütze verfault hätten. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß die türkische Heeresleitung zur Bedienung der Kruppischen Kanonen neuer Konstruktion und tadelloser Ausführung völlig ungeübte Mannschaften verwendet hatte, die nicht wußten, wie sie die Bedienung zu handhaben hatten, und die daher durch ihre eigene Unfähigkeit dem Feinde in die Hände arbeiteten. Wie klar aber auch die wahren Gründe des türkischen Mißerfolges, die bekanntlich in schweren Fehlern und Verläumdungen der osmanischen Heeresleitung auf der ganzen Linie wurzelten, für jeden Unbefangenen in die Erscheinung treten mochten, im Urteil der Franzosen hand es auch weiterhin so, daß „das deutsche militärische System“ auf den Schlachtfeldern des Balkans zusammengebrochen sei, und in diesen Irrwahn hatte sich der französische Chauvinismus selbstgefällig ein. Und nun kommt mit einem Male das läche Erwachen! Die Türken selbst sind von dem Verlangen der deutschen Kriegskunst so wenig überzeugt, daß sie zur Reorganisation ihres Heerwesens, deren unabänderliche Notwendigkeit sie aus ihren Niederlagen erkannt haben, nicht etwa französische Offiziere berufen, wie das nach Pariser Auffassung selbstverständlich gewesen wäre, sondern daß sie sich anscheinend nach Berlin wenden, um wiederum dort ihren Bedarf an militärischen Instrukturen zu decken. In der Tat schauderhaft, höchst schauderhaft! Das kann unmöglich mit rechten Dingen zugehen, dahinter muß unbedingt eine deutsche Intrigue stecken! Mit einem

Worte, die für Deutschen haben es durch ihre Rabalen fertig gebracht, das Comanentum ganz und gar in die Taube zu stecken, und die Benutzung der deutschen Militärmission mit dem Ziel in Konstantinopel ist nicht mehr und nicht weniger als der äußere Ausdruck für die Tatsache, daß das Germanentum die friedliche Eroberung der Türkei vollzogen, sie gewissermaßen im Hundstreich vor den Augen des Dreierbundes eskamotiert hat!
So malt sich in den Köpfen der französischen chauvinistischen Heißhörner die neueste Phase der orientalischen Politik. Da kann es dann natürlich nicht ausbleiben, daß auch der übliche Stillsitz an die Adresse des Dreierbundes ergeht, den die Franzosen bei jeder Gelegenheit laut werden lassen, die ihnen den Anblick des sie überallhin verschickenden Schmens der „deutschen Gefahr“ erneut vor die Augen führt. Das Echo in London und Petersburg ist aber diesmal nicht so deutlich und kräftig, wie man in Paris gewöhnlich hätte. Vor allem die Engländer zeigen sich sehr zurückhaltend und haben augenscheinlich keine rechte Neigung, die Artikel der im Gange befindlichen Verständigungsverhandlungen mit Deutschland durch das französische Uebelwollen gegen die deutsche Militärmission in Istanbul fären zu lassen; auch denkt man in London wohl daran, daß britische Offiziere bereits damit beschäftigt sind, die türkische Flotte zu reformieren, und daß daher ein englischer Einspruch gegen die Zusetzung deutscher Offiziere bei der Reorganisation des türkischen Landheeres sich besonders eigenartig ausnehmen würde.
Entgegenkommender zeigt sich das offizielle Petersburg gegen die „Bedrängnis“ des französischen Arendes und Bundesgenossen, aber von dem blindwütigen Draufgänger, wovon die Pariser Presse jüngst labelei, ist doch auch auf russischer Seite gar keine Rede. Da hieß es, daß die Angelegenheit ähnerl ernst und ganz dazu geeignet sei, einen offenen Konflikt zwischen Deutschland und Russland heranzuführen. Es wurde so dargestellt, als wenn die russische Diplomatie die Führung in der Sache übernehmen und im Namen des Dreierbundes eine Haupt- und Staatsaktion gegen Deutschland in die Wege leiten wolle. Schließlich wurde auch Herr Kosowow selbst in plumper und beleidigender Weise von der französischen Presse in die Sache mitverwickelt durch die Unterstellung, daß er sich eines unqualifizierbaren Verhaltens gegen den Deutschen Kaiser schuldig gemacht haben sollte. Das war den leitenden Petersburgern denn doch zu starker Tabak, und sie begannen nun der französischen Siedehitze einen abkühlenden Dämpfer aufzusetzen, zunächst dadurch, daß Herr Kosowow die ihm zugeschriebene Ungehörigkeit richtigstellen ließ, und weiter durch die über Paris verbreitete Erklärung, daß die russische Regierung nicht daran denke, Deutschland zu verlegen, und daß sie daher ihren eventuellen Einspruch nicht nach Berlin, sondern nach Konstantinopel richten, den Fall also als eine russisch-türkische Angelegenheit behandeln werde. Ferner hat ein offizielles Petersburgers Organ, das anfangs sehr heftig schrieb, neuerdings eine sehr ruhige und sachliche Auffassung bekundet. Immerhin ist die Haltung Russlands in dieser Frage nicht so eindeutig, daß von einer völligen Klärung der Lage gesprochen werden könnte. Das Russland und wegen unserer Militärmission in Istanbul nicht brüskieren will, werden wir zwar annehmen dürfen, aber weiter geht allem Anschein nach die russische Duldbarkeit und gegenüber nicht. Vielmehr müssen wir damit rechnen, daß von Petersburg aus im Verein mit Frankreich der Versuch unternommen wird, unserer Militärmission in Istanbul Steine in den Weg zu werfen; wie weit England sich zu einer Beteiligung an dem russisch-französischen Vorhaben herabläßt, muß abgewartet werden.
Gegenüber allen diesen Möglichkeiten kann es für die deutsche Regierung nur die eine Richtschnur geben, mit ruhiger Festigkeit auf ihrem Standpunkt zu beharren und sich nicht zu Maßnahmen drängen zu lassen, die mehr oder weniger den Charakter eines Rückzuges tragen und dadurch unserem Ansehen sowohl bei dem Comanentum wie dem Dreierbund gegenüber zum Nachteil gereichen würden. Die nationale öffentliche Meinung im Reiche sieht, was auf dem Spiele steht, und beginnt sich zu regen. Offensichtlich beharrt sich die Meldung nicht, daß die Berliner Regierung mit Petersburg Unterhandlungen über die von Russland vorgeschlagenen Einschränkungen der Befugnisse der deutschen Militärmission führe. Das Verhältnis für die hervorragende weltpolitische Bedeutung unserer Stellung in Konstantinopel ist dem deutschen nationalen Empfinden in

Fleisch und Blut übergegangen, und die Reichsregierung kann daher sicher sein, bei der patriotischen öffentlichen Meinung einen festen Rückhalt zu finden, wenn sie in dieser Sache nicht locker läßt und keinerlei Schwäche zeigt.

Drahtmeldungen

vom 2. Dezember.
Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Vor anbelegtem Saule werden zunächst
Keine Anfragen
General v. Sodenborn erwidert auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hoppe (nll.) betreffs Wendeung der Anforderungen an die zu laufende
Remonten:
Es hatte sich als notwendig erwiesen, die Vorkommenden der Remonte-Kommission darauf aufmerksam zu machen, daß die Grenzen des höchsten Maßes der Pferde möglichst inne zu halten seien und daß auf den Remontierungsanschlägen Rücksicht genommen werden müsse. Die Preise seien allerdings schätzig, aber eine unangenehme Beeinträchtigung des Remontierungsmarktes sei nicht in Betracht zu ziehen. — Abg. Waldstein (Sp.) fragt, ob die durch das Wehrbeitragsgesetz solchen Personen, die bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder schon vorher ihr Einkommen oder Vermögen richtig angegeben haben, gewährte Straffreiheit für
Steuerhinterziehungen
nur denen zugute komme, die nach ihrer Deklaration wirklich zum Wehrbeitrag veranlagt werden, oder allen Personen ohne Unterschied. — Staatssekretär Kühn erwidert: Die im Wehrbeitragsgesetz gewährte Wohlthat des sogenannten Generalparabons kommt nach der Auffassung der Reichsfinanzverwaltung allen Personen zugute, welche die Voraussetzungen der subjektiven Wehrbeitragspflicht erfüllt haben. Der Ausdruck Wehrbeitragspflichter läßt sich im Zusammenhang mit den vorhergehenden Vorschriften nur dahin auslegen, daß er alle die Personen umfassen soll, die in § 10 und 11 einzeln als Wehrbeitragspflichtige bezeichnet sind. Wenn durch weitere Bestimmungen die Erhebung des Beitrages auch noch von dem Vorhandensein eines gewissen Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht wird, so wird dadurch der Begriff des Wehrbeitragspflichtigen an sich nicht berührt. Von dieser meiner Auffassung habe ich bereits unterm 27. November den Bundesregierungen Mitteilung gemacht. Ich habe weiter Anlaß genommen, die Regierungen zu eruchen, in der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung nicht nur den Wortlaut des § 10 des Gesetzes, sondern auch eine Erklärung über dessen Bedeutung aufzunehmen, oder für eine etwaige Befreiung einer solchen Befreiung Sorge zu treffen. (Beifall.) — Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Conrad (Zos.) erwidert Wehrbeitragsminister Müller: Die Mitteilung, daß bereits seit längerer Zeit mit Unternehmerorganisationen über die Erneuerung der Handelsverträge verhandelt werde, sei nicht richtig. Es würden vom kaiserlichen Konsulatsamt im Auftrage des Staatssekretärs des Innern wegen statistischer Bedürfnisse über die Produktion bestimmter Erwerbszweige Erhebungen angestellt. Es handle sich aber nicht um allgemeine Fragen der Handelsverträge. — Auf eine Anfrage des Abg. Feldmann (Zos.) erwidert Ministerialdirektor v. Jönsson: Die Mittelungen des preussischen Vandalenministeriums seien in den Kreisen
Strigau, Schweidnitz und Waldenburg
im ganzen 23 Behände mit zusammen 450 Kindern, 380 Schweinen und 4 Riegen auf vollständige Anordnung geordnet worden. Entschädigung sei in vollem Umfang gewährleistet. Bei den Abhängungen werde erfahrungsgemäß wohlwollend verfahren, und es sei keine Beschwerde deshalb an den Minister gelangt. Anlaß der betroffenen Maßnahmen seien die Kreise gegenwärtig freudig mit Ausnahme von Strigau, wo die Zucht aber auch im Erlöschen sei. — Auf Anfrage des Abg. Dr. Ocan (Glfäher) endlich wegen der
Vorgänge in Sabern
vom 26. November antwortet Generalmajor v. Sodenborn: Auch dem Reichsanwalt sind die in der Anfrage bezeichneten Vorgänge, wie er gestern hier auseinandergesetzt hat, bekannt. Die betroffenen Maßnahmen werde er meran hier darlegen. (Nachen links.) — In der Interpellation des Abg. Anshadi (kon.) über die
Krankenversicherung
erklärt Unterstaatssekretär Richter, daß der Reichsanwalt bereit sei, die Interpellation in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu beantworten.
Ueber
Die Wahlen
der Abg. Feus (Zos.) und Dr. Faguide (Sp.) werden Beweiserhebungen beschlossen. Die Wahl des Abg. Oegen (Reichsp.) wird für gültig, die Wahl des Abg. Haupt (Zos.) für ungültig erklärt. — Bezüglich der Wahl des Abg. Buchhoff (Reichsp.) beantragt die Kommission Beweiserhebung. Die Sozialdemokraten fordern Unzulässigkeit. Der Antrag auf Beweiserhebung wird im Ausschusse mit 174 Stimmen der Voten gegen 171 Stimmen abgelehnt. Die Ungültigkeit wird ebenfalls im Ausschusse mit 180 gegen 166 Stimmen beschlossen. — Bezüg-

COGNAC MEUKOW